

MEYKOW, OTTOMAR

Grundzüge einer bürgerlichen Processordnung für Livland

[S.l.
1863]

Tartu Ülikooli Raamatukogu: Est. B-251

Trükise digitaalkoopia ehk e-raamatu tellimine (eBooks on Demand (EOD)) –miljonid raamatud vaid hiireklõpsu kaugusel rohkem kui kümnes Euroopa riigis!



Täname Teid, et valisite EOD!

Euroopa raamatukogudes säilitatakse miljoneid 15.–20. sajandi raamatuid. Kõik need raamatud on nüüd kättesaadavad e-raamatuna — vaid hiireklõpsu kaugusel 24 tundi ööpäevas, 7 päeva nädalas. Tehke otsing mõne EOD võrgustikuga liitunud raamatukogu elektronkataloogis ja tellige raamatust digitaalkoopia ehk e-raamat kogu maailmast. Soovitud raamat digiteeritakse ja tehakse Teile kättesaadavaks digitaalkoopiana ehk e-raamatuna.

Miks e-raamat?

- ➔ Saate kasutada standardtarkvara digitaalkoopia lugemiseks arvutiekraanil, suurendada pilti või navigeerida läbi terve raamatu.
- ➔ Saate välja trükkida üksikuid lehekülgi või kogu raamatu.
- ➔ Saate kasutada üksikterminite täistekstotsingut nii ühe faili kui failikomplekti (isikliku e-raamatukogu) piires.
- ➔ Saate kopeerida pilte ja tekstiosi teistesse rakendustesse, näiteks tekstitöötlusprogrammi-desse.

Tingimused

EOD teenust kasutades nõustute Te tingimustega, mille on kehtestanud raamatut omav raamatukogu. EOD võimaldab juurdepääsu digiteeritud dokumentidele rangelt isiklikel, mittekommertseesmärkidel. Kui soovite digitaalkoopiat muuks otstarbeks, palun võtke ühendust raamatukoguga.

- ➔ Tingimused inglise keeles: <http://books2ebooks.eu/odm/html/utl/en/agb.html>
- ➔ Tingimused saksa keeles: <http://books2ebooks.eu/odm/html/utl/et/agb.html>

Rohkem e-raamatuid

Seda teenust pakub juba tosin raamatukogu enam kui kümnes Euroopa riigis.

Lisainfo aadressil: <http://books2ebooks.eu>

~~W Ra Hg~~



Grundzüge einer bürgerlichen Proceßordnung für Livland.

Est B
TRÜ Raamatukogu

446

Erstes Buch

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Die Gerichte handeln in allen Civilstreitigkeiten auf Antrag der Parteien. Verfügungen von Amtswegen sind nur ausnahmsweise in den in der Proceßordnung ausdrücklich bezeichneten Fällen zulässig.

§ 2.

Die Verhandlungen vor den Einzelrichtern und Collegialgerichten sind in der Regel öffentlich. Der freie Zutritt ist jedoch nur erwachsenen Personen gestattet.

§ 3.

Bei der Verhandlung einer Streitsache kann die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn die Parteien übereinstimmend darum nachsuchen, desgleichen wenn das Proceßgericht aus der öffentlichen Verhandlung Gefahr für die Sittlichkeit besorgt oder von Seiten der Zuhörer wiederholte Ruhestörungen stattgefunden haben. Verfügt das Gericht aus einem dieser Gründe den Ausschluß der Oeffentlichkeit, so kann jede Partei verlangen, daß wenigstens drei von ihr bezeichnete Personen den gerichtlichen Verhandlungen beiwohnen dürfen.

§ 4.

Alle Rechtsstreitigkeiten werden mündlich verhandelt. Jedoch wird in den Processen, die vor den Collegialgerichten mit Anschluß der Bauergemeindegerichte geführt werden, die mündliche Verhandlung durch Schriftsätze der Parteien vorbereitet.

§ 5.

Die Schriftsätze enthalten:

- 1) die Gesuche der Parteien,
- 2) eine gedrängte Darstellung aller Thatfachen, die zur Begründung der Gesuche erforderlich sind,
- 3) die Andeutung der maßgebenden rechtlichen Gesichtspunkte ohne weitere Rechtsausführungen,

- 4) eine bestimmte und vollständige Erklärung über die tatsächlichen Behauptungen der Gegenpartei und
- 5) die Bezeichnung aller Urkunden, welche die Parteien in dem Rechtsstreit benutzen wollen.

§ 6.

In den zur mündlichen Verhandlung anberaumten Terminen haben die Parteien die faktische und rechtliche Seite des Streitverhältnisses zu erörtern und ihre Anträge zu stellen. Jede Partei muß sich dabei über alle von der Gegenpartei vorgebrachten relevanten Thatfachen, so wie über die Richtigkeit der ihr vorgelegten Urkunden bestimmt erklären. Die Vorlesung von Schriftstücken ist nur insoweit gestattet, als es auf deren wörtlichen Inhalt ankommt.

§ 7.

Die mündliche Verhandlung dient in thatsächlicher Beziehung als Grundlage für die richterliche Entscheidung. Wird das schriftliche Vorverfahren (§ 4) bei der mündlichen Verhandlung in wesentlichen Punkten ergänzt oder abgeändert, so müssen die Ergänzungen oder Abänderungen durch das Sitzungsprotokoll festgestellt werden. Dasselbe enthält zugleich den Gang der Verhandlung im Allgemeinen und die von dem Gericht gefaßten Beschlüsse.

§ 8

Alle Proceßhandlungen, welche die Parteien während der mündlichen Verhandlung bis zu deren Schluß (§ 12) vornehmen, werden als ein Ganzes angesehen. Alles bis zum Schluß der Verhandlung Vorgebrachte gilt in der Regel (§ 21) als rechtzeitig vorgebracht.

§ 9.

Der Einzelrichter, beziehungsweise der Vorsitzende des Collegialgerichts leitet die Verhandlung und trägt dafür Sorge, daß die Sache in erschöpfender Weise, jedoch mit Vermeidung aller überflüssigen Discussionen erörtert werde.

§ 10.

Das Fragerecht steht allen Mitgliedern des Gerichts zu. Begehrt eine Partei an die Gegenpartei eine Frage zu richten, so ist dazu die Erlaubniß des Gerichts erforderlich.

§ 11.

Das Gericht ist befugt mehrere bei demselben gleichzeitig anhängige Streitsachen der Parteien zur gemeinsamen Verhandlung zu verbinden, wenn sich dadurch eine raschere Beendigung der bezüglichen Proceße erwarten läßt.

§ 12.

Erachtet das Gericht die Streitsache für vollständig erörtert, so kann es den Schluß der mündlichen Verhandlung anordnen. Die bezügliche Verfügung wird bloß im Sitzungsprotokoll verschrieben.

§ 13.

Die richterlichen Verfügungen sowie alle zur gegenseitigen Mittheilung bestimmte Schriftstücke der Parteien werden denselben durch die Kanzlei des Proceßgerichts behändigt.

§ 14.

Die Anberaumung der Fristen und Termine liegt dem die betreffende Verhandlung leitenden Richter ob. Derselbe darf jeden Termin und jede richterliche (nicht gesetzliche) Frist auf den einseitigen Antrag einer Partei zweimal verlegen, beziehungsweise erstrecken.

Außerdem kann eine Erstreckung der Fristen und Verlegung der Termine auch durch die bloße Uebereinkunft der Parteien erfolgen. Nur die für die Erhebung der verschiedenen Rechtsmittel bestimmten Fristen sind von dieser Regel ausgenommen.

§ 15.

Versäumt eine Partei einen Termin oder eine Frist, so kann dieselbe auf Antrag der Gegenpartei durch Verfügung des Gerichts mit der vorzunehmenden Proceßhandlung präkludirt werden. Gegen diese Verfügung kann aber die säumige Partei im Laufe von zwei Wochen, ohne die Gründe ihres Ausbleibens motiviren zu müssen, Einspruch erheben und um die Anberaumung eines neuen Termins oder einer neuen Frist bitten (ordentlicher Einspruch).

Nach Ablauf der zweiwöchentlichen Frist ist der Einspruch (als außerordentlicher) nur gestattet, wenn die Partei darzuthun vermag, daß sie aus entschuldbaren Gründen, wie Krankheit, Abwesenheit u. s. w. verhindert war die für den ordentlichen Einspruch bestimmte Frist zu beobachten. Der Einspruch muß in diesem Fall binnen vier Wochen nach Beseitigung des Hindernisses erfolgen und kann überhaupt nur innerhalb eines Jahres vom Tage der Behändigung der Versämnungsverfügung an gerechnet erhoben werden.

§ 16.

Ist der Einspruch ordnungsmäßig geschehen, so wird der Rechtsstreit hinsichtlich des in Frage kommenden Streitpunktes in die Lage zurückversetzt, in welcher er sich vor dem Eintritt der Versäumnung befand. Die durch die Versäumnung verursachten Kosten sind in jedem Fall von der säumigen Partei zu tragen.

Zweites Buch.

Das Verfahren der ersten Instanz.

Erstes Capitel.

Das Verfahren vor Collegialgerichten.

Erster Abschnitt.

Das Verfahren bis zum Urtheil.

§ 17.

Die mündliche Verhandlung wird in den Collegialgerichten mit Ausschluß der Bauergemeindegerichte durch ein schriftliches Vorverfahren eingeleitet, bei welchem jeder Partei in der Regel (§ 20) nur ein schriftlicher Antrag zusteht.

§ 18.

Der Kläger hat seinen Klagantrag nebst zwei Abschriften (§§ 4. 5.) der Kanzlei des Proceßgerichts zu übergeben behufs Festsetzung des Verhandlungstermins und Eintragung der Sache in das Proceßregister.

Auf dem Klagantrag und dessen Abschriften ist von dem Vorsitzenden des Gerichts binnen 24 Stunden der Verhandlungstermin zu bemerken. Dieser Termin ist außer in dringenden Fällen so zu bestimmen, daß der Beklagte, wenn er an dem Gerichtsorte lebt, zum Mindesten eine Frist von vierzehn Tagen, sonst von vier Wochen zur Behändigung seines Gegenantrags habe, der Kläger aber von dem Augenblick des ihm behändigten Gegenantrags eine Frist von acht Tagen bis zum Verhandlungstermin erlange.

Das Original des Klagantrags wird dem Kläger restituirt, während die eine Abschrift desselben durch die Gerichtskanzlei an den Beklagten befördert, die andere aber den Gerichtsacten einverleibt wird.

Von dem Moment der Zustellung des Klagantrags an den Beklagten beginnen die an die Insinuation der Klage geknüpften Wirkungen.

§ 19.

Der Beklagte hat nach Empfang des Klagantrags innerhalb der im § 18 bestimmten Frist seinen Gegenantrag in zwei Exemplaren der Gerichtskanzlei zu übergeben. Von diesen Exemplaren ist das eine dem Kläger zuzustellen, während das andere Theil der Gerichtsacten wird.

§ 20.

Vietet der Streitfall hinsichtlich der zu verhandelnden Thatfachen besondere Schwierigkeiten dar, so kann das Gericht auf den Antrag der Parteien die Zahl der vorbereitenden Schriftstücke verdoppeln.

§ 21.

Einreden, Repliken u. s. w. dürfen von den Parteien bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung (§ 12) vorgebracht werden. Ausgenommen sind nur solche dilatorische Einreden, welche das Gericht, die Parteien oder die processualische Geltendmachung des Anspruchs betreffen. Sie müssen um Berücksichtigung zu finden, in dem Gegenantrag des Beklagten angeführt sein.

Nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung können Einreden u. s. w. in der ersten Instanz nur dann vorgebracht werden, wenn die Partei nachzuweisen vermag, daß dieselben erst später entstanden oder zu ihrer Kenntniß gelangt sind.

§ 22.

Die mündliche Verhandlung kann auf Antrag einer Partei vertagt werden, wenn sie durch neues Vorbringen der Gegenpartei sich veranlaßt sieht nähere Erkundigungen einzuziehen.

Ist in den von dem schriftlichen Klageantrage abweichenden mündlichen Erklärungen des Klägers eine Klageänderung enthalten, so kann der Beklagte die Abweisung des Klägers mit seiner Klage begehren.

§ 23.

Erscheint der Beklagte nicht in dem zur mündlichen Verhandlung anberaumten Termin, so werden auf Begehren des Klägers die in dem fehlerfreien Klageantrag enthaltenen Thatfachen für zugestanden erklärt. Das Gericht hat in diesem Fall dem Gesuch des Klägers entsprechend zu erkennen, soweit letzteres auf Grund jener Thatfachen rechtlich begründet ist.

Bei analoger Versäumniß des Klägers wird derselbe auf Antrag des Beklagten mit seiner Klage abgewiesen.

Gegen das richterliche Erkenntniß ist der Einspruch gestattet (§ 15).

Zweiter Abschnitt.

D e r B e w e i s .

§ 24.

Sind am Schluß der mündlichen Verhandlung erhebliche Thatfachen streitig und unerwiesen, so hat das Gericht durch ein Beweisinterlokt den Beweisatz und die Beweislast zu bestimmen und zugleich den Beweisstermin anzuberaumen. Die einzelnen Thatfachen, welche jeder Partei zu beweisen obliegen, müssen in dem Interlokt bestimmt angegeben sein.

Eine Appellation gegen das Beweisinterlokt ist nur in Verbindung mit der Appellation gegen das Endurtheil gestattet, ausgenommen wenn beide Parteien um sofortige Appellation nachsuchen.

§ 25.

Der Beweis kann durch Zeugen, Sachverständige, Augenschein, Eid und Urkunden geführt werden. Doch ist das

Gericht auch von Amtswegen befugt Augenscheinshandlungen vorzunehmen, nothwendige Eide aufzulegen und Sachverständige zu vernehmen.

§ 26.

Das Gericht hat die Beweiskraft der vorgebrachten Beweismittel, von dem Eide und den Urkunden abgesehen, nach den Umständen des konkreten Falls zu würdigen.

§ 27.

Behufs der Beweisantretung findet eine mündliche Verhandlung statt. Dieselbe wird durch ein schriftliches Vorverfahren eingeleitet, für welches der zwischen der Eröffnung des Beweisinterlokuts und dem Beweistermin liegende Zeitraum von den Parteien zu benutzen ist. In der mündlichen Verhandlung haben die Parteien gleichzeitig alle Beweise und Gegenbeweise anzutreten. Die Verhandlung wird durch eine richterliche Verfügung abgeschlossen, welche über die Zulässigkeit und Erheblichkeit sowohl der Beweisantretung im Ganzen, als auch der einzelnen Beweismittel entscheidet.

§ 28.

Die Beweisaufnahme findet in der Sitzung des Proceßgerichts statt, wenn der Gegenstand und die Art der Beweisführung dazu geeignet ist. Im entgegengesetzten Falle kann sie nach Verschiedenheit der Umstände entweder vor einem einzelnen Mitglied des Proceßgerichts oder vor einem andern Gericht erfolgen. Die Parteien sind befugt derselben beizuwohnen.

§ 29.

Nachdem die Beweisaufnahme geschlossen ist, erfolgt eine mündliche Verhandlung über ihr Ergebniß (Beweisausführung).

§ 30.

Bleibt eine Partei in dem zur Beweisbehandlung anberaumten Termin aus, so erkennt das Gericht auf Antrag der Gegenpartei je nach den Umständen: den Ausschluß der Beweisführung, Verlust der Beweiseinreden, beziehungsweise die Annahme des Zugeständnisses der thatfächlichen Voraussetzungen der Beweiseinreden u. s. w. Gegen das richterliche Erkenntniß ist der Einspruch gestattet (§ 15).

Dritter Abschnitt.

Das Urtheil.

§ 31.

In dem Urtheil wird über die Angriffs- und Vertheidigungsmittel der Parteien nur insoweit erkannt, als sie für die von dem Gericht abzugebende Entscheidung in Betracht kommen.

§ 32.

Das beschlossene Urtheil nebst den Entscheidungsgründen

wird zunächst mit Hinzueglaffung des Thatbestandes von einem Mitgliede des Gerichts schriftlich entworfen, von allen Mitgliedern unterzeichnet und den Parteien spätestens eine Woche nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung in der Sitzung publicirt. Der Termin der Publication ist ihnen sofort beim Schluß der mündlichen Verhandlung mitzutheilen.

§ 33.

Im Laufe einer Woche nach der Verkündigung des Urtheils wird dasselbe von einem Mitgliede des Gerichts vollständig zu den Gerichtsakten verfaßt. Das von allen Gerichtsgliedern zu unterzeichnende Urtheil muß namentlich enthalten: eine gedrängte Darstellung des dem Rechtsstreit zu Grunde liegenden Thatbestandes, die Entscheidungsgründe und die Entscheidung des Gerichts.

Abschriften des Urtheils werden den Parteien auf ihr Begehren gegen Entrichtung der gesetzlichen Gebühren erteilt.

Zweites Capitel.

Das Verfahren vor Einzelrichtern.

§ 34.

Die Parteien sind befugt an den ordentlichen Gerichtstagen auch ohne Vorladung bei Gericht zu erscheinen und über ihre Streitfachen zu verhandeln.

Außer diesem Fall kann der Beklagte auf das mündliche Gesuch des Klägers auf einen bestimmten Gerichtstag vorgeladen werden.

§ 35.

Die Parteien tragen ihre Rechtsvertheidigung mündlich vor. Der Richter hat sie dabei durch Stellung angemessener Fragen zu einer genauen und wahrheitsgetreuen Erklärung über die erheblichen thatsächlichen Verhältnisse zu veranlassen.

§ 36.

Ergiebt sich die Nothwendigkeit einer vorläufigen Berechnung zwischen den Parteien, so verfügt der Richter die Einreichung der Rechnungen und setzt zugleich den Termin zur weiteren Verhandlung der Sache fest.

§ 37.

Ueber die mündliche Verhandlung wird nur in den Sachen, welche der Appellation unterliegen, ein kurzes Protokoll aufgenommen. Bei nichtappellablen Streitfachen genügt die Aufnahme der wesentlichen Punkte in das Urtheil.

§ 38.

Stellt sich nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung die Nothwendigkeit eines besonderen Beweisverfahrens heraus, so treten die Bestimmungen der §§ 24 — 30 in Wirksamkeit. Im entgegengesetzten Fall hat der Richter den

Parteien das Urtheil (§§ 31. 32) im Laufe von drei Tagen zu eröffnen und sie zugleich von dem etwa zuständigen Rechtsmittel der Appellation, der Appellationsfrist und den mit der Versäumung derselben verbundenen Nachtheilen in Kenntniß zu setzen.

In Bezug auf die Fertigung des Urtheils zu den Gerichtsakten und die Mittheilung der Abschriften desselben gelten die Bestimmungen des § 33.

Drittes Buch.

Die Rechtsmittel.

Erstes Capitel.

Die Appellation.

§ 39.

Gegen Verfügungen und Urtheile der Einzelrichter und der unteren Collegialgerichte ist eine Appellation an die nächste höhere Instanz statthaft, wenn der Werth des Beschwerdegegenstandes die gesetzlich bestimmte Appellationssumme erreicht. Gegen die Entscheidung der Appellationsinstanz ist eine weitere Appellation ausgeschlossen.

§ 40.

Die Appellation kann abgesehen von dem im § 24 erwähnten Fall stattfinden:

- 1) gegen Endurtheile, wodurch die Hauptsache unbedingt oder bedingt entschieden wird,
- 2) gegen Verfügungen, wodurch die Formel eines zu leistenden Eides festgestellt wird,
- 3) gegen Verfügungen, wodurch die § 21 erwähnten dilatorischen Einreden für unbegründet erkannt werden,
- 4) gegen Verfügungen, wodurch die mit dritten Personen stattgehabten Incidentstreitigkeiten erledigt werden,
- 5) gegen die Entscheidung über Parteianträge, welche Vorsichtsverfügungen (§ 66) betreffen und
- 6) gegen Verfügungen, wodurch sonstige Anträge einer Partei verworfen oder die Anträge der Gegenpartei gewährt werden, vorausgesetzt, daß nicht der Einspruch (§ 15) oder die einfache Beschwerde (§ 56) genügt.

In den fünf ersten Fällen muß die Appellation sofort innerhalb der Appellationsfrist ergriffen werden, in dem letzten Fall dagegen ist sie überhaupt nur dann statthaft, wenn gegen das Endurtheil selbst appellirt wird.

Eine vorläufige Erklärung der Partei, daß sie sich die Appellation vorbehalte, ist nicht erforderlich.

§ 41.

Die Frist für die Appellation gegen Urtheile und Verfügungen eines Einzelrichters beträgt in der Regel einen Mo-

nat vom Tage der Bekanntmachung derselben an die Partei. Gegen Urtheile und Verfügungen eines Collegialgerichts ist regelmäßig binnen zwei Monaten die Appellation einzulegen.

Dem Gegner des Appellanten ist die Adhäsion bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung gestattet.

§ 42.

Der Appellant hat die Appellation bei dem Gericht, welches die Entscheidung gefällt, schriftlich innerhalb achttägiger Frist anzumelden. Dieses ist hierauf verpflichtet die Proceßakten im Laufe von vierzehn Tagen dem Appellationsgericht zu übersenden.

Hinsichtlich der Erhebung der Appellation, des Appellationsverfahrens und des Appellationsurtheils sind im Allgemeinen die für die Collegialgerichte erster Instanz aufgestellten Grundsätze maßgebend (§ 17 fgg.).

§ 43.

Ist der Appellationsantrag innerhalb der Appellationsfrist der Kanzlei des Appellationsgerichts übergeben, so wird das weitere Verfahren bei dem Untergericht in der Regel hinsichtlich derjenigen Bestimmungen der Verfügung gehemmt, gegen welche die Appellation gerichtet ist.

§ 44.

Die Parteien dürfen in der Appellationsinstanz neue Thatfachen vorbringen, wenn in denselben nicht eine Aenderung der ursprünglichen Klage enthalten ist. Desgleichen sind sie befugt neue Beweismittel und neue Verteidigungsmittel, wie Einreden, Replik u. s. w. geltend zu machen.

§ 45.

Die Kosten der Appellationsinstanz werden im Falle des Obzuges nicht von dem Appellaten getragen, sondern sind vom Ausgange der Hauptsache abhängig.

§ 46.

Eine Abschrift des Appellationsurtheils ist zugleich mit den eingesandten Akten an das Gericht erster Instanz zu senden.

Zweites Capitel.

Die Nichtigkeitsbeschwerde.

§ 47.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist in folgenden Fällen statthaft:

- 1) wenn die Vorschriften über die Oeffentlichkeit des Verfahrens verletzt worden sind,
- 2) wenn das Gericht, welches das Urtheil erlassen hat, nicht vorschriftsmäßig besetzt war,

- 3) wenn das Gericht nicht für die Verhandlung und Entscheidung des Rechtsstreits competent war,
- 4) wenn ein rechtmäßiger Grund der Behinderung oder Ablehnung des Richters vorlag und das Gericht das darauf bezügliche Gesuch der Partei unberücksichtigt ließ,
- 5) wenn gegen eine Partei verfahren oder entschieden worden, ohne ihr die gesetzlich zustehende Vertbeidi-
gung zu gestatten,
- 6) wenn gegen einen Dritten ein Urtheil ergangen ist, der an dem verhandelten Rechtsstreit gar nicht Theil genommen hat,
- 7) wenn das Gericht über den Antrag der Partei hinaus erkannt oder in der Instanz der Rechtsmittel die angefochtene Verfügung zum Nachtheil des Beschwerdeführers abgeändert hat,
- 8) wenn das Urtheil mit einer frühern Entscheidung in Widerspruch steht, die über denselben Gegenstand und dasselbe Rechtsverhältniß unter denselben Parteien rechtskräftig ergangen war,
- 9) wenn die *verba decisiva* des Urtheils an völliger Dunkelheit oder Unbestimmtheit leiden,
- 10) wenn dem Urtheil keine Entscheidungsgründe hinzugefügt sind und
- 11) wenn dasselbe eine falsche Auslegung oder unrichtige Anwendung der Gesetze enthält.

§ 48.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist nur zulässig, wenn entweder das Rechtsmittel der Appellation gesetzlich ausgeschlossen oder die Streitsache bereits in der Appellationsinstanz entschieden ist (§§ 37. 39). Die Beschwerde muß in solchem Fall innerhalb einer Frist von zwei Monaten erhoben werden, die nach Verschiedenheit der Umstände bald vom Tage der Entdeckung der Nichtigkeit, bald vom Tage der Bekanntmachung der beschwerenden Entscheidung zu laufen beginnt. Sind fünf Jahre seit beschrittener Rechtskraft des Erkenntnisses verstrichen, so ist die Nichtigkeitsbeschwerde, abgesehen von dem § 47 Punkt 6 bezeichneten Fall unstatthaft.

§ 49.

Die Vollstreckung des Urtheils wird durch Erhebung der Nichtigkeitsbeschwerde nur dann gehemmt, wenn das für die Beschwerde competente Gericht solches gegen Sicherheitsleistung verfügt.

§ 50.

Rückfichtlich der Erhebung der Nichtigkeitsbeschwerde, des Verfahrens und des Urtheils finden die Bestimmungen der §§ 17—33 analoge Anwendung.

§ 51.

Findet das Gericht die Nichtigkeitsbeschwerde begründet, so hat es die angefochtene Entscheidung, so wie das derselben

vorausgegangene und von dem Nichtigkeitsgrunde mitbetroffene Verfahren zu vernichten und zugleich das etwa nothwendige neue Urtheil in der Sache zu fällen. Betraf der Nichtigkeitsgrund speciell das Verfahren, so wird dasselbe, soweit jener darauf einwirkt, vernichtet und die Sache an das frühere Gericht verwiesen.

§ 52.

Wird die Nichtigkeitsbeschwerde als gänzlich unbegründet verworfen, so kann der Beschwerdeführer zu einer nach richterlichem Ermessen zu bestimmenden Entschädigung an die Gegenpartei verurtheilt werden.

Drittes Capitel.

Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen rechtskräftige Erkenntnisse.

§ 53.

Die Restitutionsklage ist zulässig:

- 1) wenn das Urtheil auf den Eid einer Partei gegründet war und diese wegen Meineids verurtheilt wurde,
- 2) wenn die Urkunde, das Zeugniß oder das Gutachten der Sachverständigen, auf Grund welcher das Urtheil erfolgte, erweislich falsch ist,
- 3) wenn das Urtheil durch betrügerische Handlungen der Gegenpartei erwirkt ist,
- 4) wenn eine Partei nach Publikation des Urtheils entscheidende Beweisurkunden erlangt, an deren früherem Gebrauch sie ohne ihre Schuld verhindert wurde,
- 5) wenn in den Sachen der unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen, der Kirchen, frommen Stiftungen und öffentlichen Lehranstalten die gesetzlichen Vertreter nicht den gehörigen Fleiß angewandt haben und hierdurch ein nachtheiliges Erkenntniß hervorgerufen ist.

§ 54.

Die Restitutionsklage wird bei dem Gericht erhoben, welches in erster Instanz in der bezüglichen Streitsache erkannt hat. Die Frist für Erhebung der Klage beträgt zwei Monate vom Tage der Entdeckung des Restitutionsgrundes, in den § 53 Punkt 5 genannten Fällen ein Jahr vom Tage der Großjährigkeit oder der Aufhebung der Curatel, beziehungsweise vier Jahre von der Rechtskraft des in Sachen der Kirchen, frommen Stiftungen und öffentlichen Anstalten erfolgten Erkenntnisses.

§ 55.

In Bezug auf die Erhebung der Restitutionsklage, das Verfahren, das Urtheil und die gegen dasselbe zustehenden Rechtsmittel gelten die allgemeinen Bestimmungen (§ 17 fgg.).

Viertes Capitel.

Die einfache Beschwerde wider das Gericht.

§ 56.

Die einfache Beschwerde ist zulässig wegen schuldhafter Verzögerung oder Verweigerung der Justiz, wegen ungebührlicher Behandlung der Parteien, der Zeugen, der Sachverständigen u. s. w.

§ 57.

Die Beschwerde muß innerhalb zwei Wochen von dem Tage der beschwerenden Handlung des Gerichts angerechnet erhoben werden und zwar ist die Beschwerdefchrift der Kanzlei desjenigen Collegialgerichts zu übergeben, gegen welches die Beschwerde gerichtet ist. Bei Beschwerden gegen Einzelrichter kann die Klage auch dem Secretär desselben zu Protokoll gegeben werden.

§ 58.

Hilft das angegriffene Gericht nicht selbst der Beschwerde ab, so hat es dieselbe binnen einer Woche unter Berichterstattung an das vorgesetzte Gericht einzusenden. Dieses fällt seine Entscheidung in nicht öffentlicher Sitzung und übersendet sie dem Untergericht behufs Eröffnung an den Beschwerdeführer.

Viertes Buch.

Die außerordentlichen Verfahrensarten.

§ 59.

Zu den außerordentlichen Verfahrensarten gehören:

- 1) der Rechnungsproceß,
- 2) der Executivproceß,
- 3) der Wechselproceß,
- 4) der Handelsproceß,
- 5) der Provocationsproceß,
- 6) der Besitzproceß,
- 7) der Arrestproceß,
- 8) die Vorsichtsverfügungen.

§ 60.

Bei Rechnungssachen von außergewöhnlicher Ausdehnung oder Verwicklung findet auf Antrag der Parteien oder von Amtswegen ein schriftliches Verfahren mit mündlicher Schlussverhandlung statt.

§ 61.

Der Executivproceß ist bei persönlichen Forderungen statthast, die auf Zahlung von Geldsummen gerichtet sind und bei denen der Kläger alle zur Begründung seiner Klage erforderlichen Thatfachen durch öffentliche Urkunden oder durch

anerkannte oder gerichtlich für anerkannt erklärte Privaturkunden sofort zu erweisen im Stande ist.

Ueber die Exekutivklage wird ohne schriftliches Vorverfahren mündlich zwischen den Parteien verhandelt. Wird der Beklagte verurtheilt, so kann der Kläger ungeachtet der von ersterem gegen die Entscheidung ergriffenen Appellation verlangen, daß das Urtheil vollstreckt und die beigetriebene Geldsumme ihm gegen Sicherheitsstellung ausgeliefert oder gerichtlich deponirt werde.

§ 62.

In Wechselsachen findet kein schriftliches Vorverfahren statt. Der Wechselskläger hat seine Urkunden in der Kanzlei des Proceßgerichts zur Einsicht des Beklagten niederzulegen.

Alle der richterlichen Festsetzung unterliegenden Fristen sind möglichst zu beschränken und nach den Anforderungen unabweislichen Bedürfnisses zu bestimmen.

Das den Beklagten verurtheilende Erkenntniß wird auf Antrag des Klägers sofort vollstreckt. Sicherheitsstellung oder gerichtliche Deposition ist nur dann erforderlich, wenn für den Beklagten im Fall endlichen Obesieges durch die Exekution ein unerseßlicher Schaden zu befürchten ist.

§ 63.

In Handelsfachen ist das Verfahren thunlichst zu beschleunigen. Ein schriftliches Vorverfahren ist ausgeschlossen. In verwickelten Fällen, namentlich wo bedeutende Rechnungen in Frage kommen, kann das Gericht die Parteien zur Vernehmung vor Sachverständige verweisen, welche die Vermittelung zwischen den Parteien zu versuchen und falls solche nicht gelingt, ein Gutachten abzugeben haben.

Auf Antrag der obsiegenden Partei kann gegen Sicherheitsleistung die Vollstreckung des Urtheils stets verfügt werden. Zahlungsfristen dürfen dem Schuldner nur mit Einwilligung des Gläubigers gewährt werden.

§ 64.

Der Provokationsproceß kann theils gegen einen bestimmten, theils gegen einen unbestimmten Gegner zur Anwendung kommen.

Er findet gegen einen bestimmten Gegner statt, wenn derselbe sich eines klagbaren Anspruchs gegen den Provokanten rühmt oder der Provokant der Klage des Provokaten Einreden entgegenzusetzen hat, die bei längerer Verzögerung der Klage unzulässig oder unwirksam werden könnten.

Der Provokationsproceß wider einen unbestimmten Gegner erfolgt im Wege der Ediktalladungen in allen den Fällen, wo solches gesetzlich vorgeschrieben ist, wie bei Veräußerungen von Immobilien, in Erbschaftsachen, im Amortisationsverfahren u. s. w.

Ein schriftliches Vorverfahren findet im Provokationsproceß nicht statt.

§ 65.

Der Besitzproceß findet in allen Fällen Anwendung, wo es sich um die Erlangung oder Wiedererlangung des Besitzes oder um den Schutz in demselben handelt. Ist angesichts des Streites zweier Personen über den Besitz Selbsthülfe, Störung der öffentlichen Ruhe oder unerseßlicher Schaden zu befürchten, so kann das Gericht von Amtswegen einen einstweiligen Zustand durch Erlassung eines Provisoriums feststellen.

Ein schriftliches Vorverfahren ist bei dem Besitzproceß unstatthaft.

§ 66.

Die Erlassung von Vorsichtsverfügungen findet in allen Fällen statt, wo Gefahr auf dem Verzuge der Rechtshülfe haftet. Zu den Vorsichtsverfügungen gehören:

- a) der dingliche und persönliche Arrest,
- b) die Sequestration unbeweglicher Sachen,
- c) die Beschlagnahme der in den Händen eines Dritten befindlichen Sachen des Schuldners.

Eine Vorsichtsverfügung kann nur erlassen werden, wenn der Bittsteller sowohl den geltend gemachten Anspruch, als auch die drohende Gefahr eines nicht leicht zu ersetzenden Schadens zu bescheinigen vermag.

Der Arrest kann auf das Gesuch einer Partei auch ohne vorheriges Gehör des Gegners selbst an Sonn- und Festtagen erkannt werden. Für die übrigen Vorsichtsverfügungen ist zwar stets vorgängiges Gehör der Gegenpartei erforderlich, ein schriftliches Vorverfahren findet aber dabei nicht statt.

Fünftes Buch.

Das Exekutionsverfahren.

§ 67.

Die Exekution kann in der Regel erst in dem Augenblick erfolgen, wo das Urtheil die Rechtskraft beschritten hat. Eine Abweichung hiervon findet nur in denjenigen Fällen statt, in welchen das Gesetz ausdrücklich die sofortige Vollstreckung des Urtheils gegen Sicherheitsleistung oder ohne solche gestattet.

§ 68.

Die Exekution erfolgt durch die Einzelrichter, beziehungsweise durch die Collegialgerichte erster Instanz. In jedem Collegialgericht wird ein Mitglied desselben nebst einem Kanzleibeamten mit der Vollstreckung der Urtheile beauftragt.

§ 69.

Der Exekution geht eine Aufforderung an den Schuldner vorher, das Urtheil zu erfüllen (Zahlungsgebot), wenn nicht durch ein gerichtliches Urtheil die sofortige Vornahme der Exekution oder die Anlegung eines Arrestes vorgeschrieben ist.

§ 70.

Dem Schuldner wird in der Regel eine Woche vom Tage des Zahlungsgebotes an gerechnet, zur freiwilligen Erfüllung des Urtheils gewährt. Innerhalb dieser Frist hat er zugleich seine etwaigen Einwendungen gegen die Exekution bei dem betreffenden Gericht geltend zu machen.

§ 71.

In Bezug auf die einzelnen Exekutionsarten bleiben die bisherigen Grundsätze maßgebend.

Sechstes Buch.

Der Concurssproceß.

§ 72.

Das Concurssverfahren kann nicht von Amtswegen, sondern nur auf Grund der Insolvenzerklärung des Schuldners oder auf Antrag seiner Gläubiger eingeleitet werden.

§ 73.

Auf Nachsuchen des Schuldners ist ein vorläufiges Verfahren behufs gütlicher Vereinbarung mit den Gläubigern statthast. Die Minorität der Gläubiger kann dabei nicht durch die Majorität zu Nachlaß und Stundungsverträgen gezwungen werden.

§ 74.

Nach Eröffnung des Concurses ernennt das Gericht unter Mitwirkung der Gläubiger einen Curator, der an die Stelle des bisherigen Curators und Contradictors tritt. Derselbe gilt als offizieller Vertreter des Gemeinschuldners und hat als solcher alle dem letzteren in Bezug auf sein Vermögen zustehenden Befugnisse unter Aufsicht des Gerichts und der Gläubiger auszuüben.

§ 75.

Zur Feststellung der Passivmasse wird eine Edictalcitation erlassen, welche präklusive Kraft hat. Die Gläubiger haben ihre Forderungen in der Form von Klageanträgen (§ 18) anzumelden und das von ihnen etwa behauptete Vorzugsrecht anzugeben und zu begründen. Ueber die angemeldeten Forderungen findet ein vorläufiges mündliches Verfahren zwischen den Gläubigern, dem Curator und dem Schuldner statt, worin zunächst im Allgemeinen festgestellt wird: welche Forderungen überhaupt streitig sind.

§ 76.

Auf Grund der Anmeldungen der Gläubiger und der mündlichen Verhandlung entwirft das Gericht einen vorläufigen Lokationsplan, theilt ihn den Gläubigern, dem Curator

und dem Schuldner mit und bestimmt hierauf einen Termin zur mündlichen Verhandlung über denselben, sowie über die Verhältnisse der Masse zu den angemeldeten Forderungen. Die Ladung erfolgt unter Androhung des Rechtsnachtheils, daß die nicht erscheinenden Gläubiger als dem Lokationsplan beistimmend angesehen werden würden.

§ 77.

Gelingt die gütliche Lokation an dem anberaumten Termin entweder gar nicht oder nicht vollständig, so werden die über die Liquidität oder Priorität ihrer Forderungen streitenden Gläubiger zum besondern Verfahren nach § 17 fgg. verwiesen. Ueber die einzelnen Forderungen werden in solchem Fall Spezialproceß eröffnet, die auf Kosten der streitenden Gläubiger geführt werden.

O. Meykom.

www.books2ebooks.eu